



<b>BESCHLUSSVORLAGE</b>	Vorlage Nr.:	<b>2016/0718</b>
	Verantwortlich:	<b>Dez. 1</b>
<b>Eine Urbane Agenda für die EU: Koordination der Themenpartnerschaft "Städtische Mobilität"</b>		

Beratungsfolge dieser Vorlage					
Gremium	Termin	TOP	ö	nö	Ergebnis
<b>Hauptausschuss</b>	<b>06.12.2016</b>	<b>3</b>	<b>x</b>		

**Beschlussantrag**

Der Hauptausschuss begrüßt die Themenpartnerschaft „Urbane Mobilität“ und nimmt die Vorlage zur Kenntnis.

Finanzielle Auswirkungen (bitte ankreuzen)		nein	x	ja	
Gesamtkosten der Maßnahme	Einzahlungen/Erträge (Zuschüsse u. Ä.)	Finanzierung durch städtischen Haushalt		Jährliche laufende Belastung (Folgekosten mit kalkulatorischen Kosten abzügl. Folgeerträge und Folgeeinsparungen)	
2017-2019, 0,25 VZW (E13), rd. 60.000 Euro		ja		Personalkosten p.a. rd. 20.000 Euro	
Haushaltsmittel stehen teilweise zur Verfügung Kontierungsobjekt: Kostenstelle: 6100.6400 Ergänzende Erläuterungen: Einrichtung und Finanzierung der 0,25 VZW durch das Stadtplanungsamt					
ISEK-Karlsruhe-2020-relevant	nein	x	ja	Handlungsfeld: Mobilität	
Anhörung Ortschaftsrat (§ 70 Abs. 1 GemO)	x	nein	ja	durchgeführt am	
Abstimmung mit städtischen Gesellschaften	nein	x	ja	abgestimmt mit VBK, AVG, KVV	

## Hintergrund und grundsätzliche Information

Mit dem Fortschreiten der europäischen Integration ist auf europäischer Ebene, insbesondere in der Europäischen Kommission, auch das Bewusstsein für die **herausgehobene Rolle der Städte und Gemeinden** gewachsen, wirkt sich doch ein großer Teil der europäischen Politiken konkret auf das Handeln der Kommunen und damit der Menschen aus. Insbesondere die **Rolle der Kommunen als wesentlicher Vermittler des Mehrwerts und Nutzens der EU gegenüber den Bürgerinnen und Bürgern** wird in den letzten beiden Jahren in einem bisher nicht gekannten Maße von den europäischen Entscheidern anerkannt.

Die Einführung der EU-Strukturfonds 1989, die Einrichtung des Ausschusses der Regionen 1992 und die Verankerung des kommunalen Selbstverwaltungsrechts im Vertrag von Lissabon 2009 können als Meilensteine der enger werdenden Kooperation zwischen der Europäischen Union und ihren Städten, Gemeinden und Kreisen gelten.

Brüssel und die europäischen Institutionen sind aber gerade vor dem Hintergrund der politischen Entscheidungen und Entwicklungen in der Welt mehr denn je auf den Rückhalt, die Beteiligung und die Ideen der kommunalen Ebene angewiesen.

Zugleich ergeben sich aus der wachsenden Rolle von Städten und Kommunen in der europäischen Politik neue Herausforderungen. Sie erfordern, dass die Akteurinnen und Akteure von EU und Kommunen ihre Zusammenarbeit strukturieren und die Kooperationsmethoden fortentwickeln. Mit der **‘Urbanen Agenda der EU’** soll dieser Idee in besonderer Weise Rechnung getragen werden. Ihr Kernstück ist die **Etablierung strategischer Partnerschaften, in denen sowohl horizontal (über verschiedene Politikbereiche hinweg) als auch vertikal (über verschiedene Zuständigkeitsebenen hinweg)** kooperiert wird. Die Urbane Agenda wurde insbesondere von den Niederlanden als wichtiges Vorhaben ihres Ratsvorsitzes entschieden gefördert und im Mai 2016 als **‘Pakt von Amsterdam’** unterzeichnet.

Konkret bedeutet dies: **Erstmals arbeiten die Städte und Gemeinden mit der Europäischen Kommission, den Mitgliedsstaaten, Expertinnen und Experten und weiteren Stakeholdern gemeinsam und auf Augenhöhe an der Stärkung einer auf die lokalen Bedürfnisse ausgerichteten Politik**, ohne die Kompetenzen der kommunalen Ebene in Frage zu stellen.

In einer zwei- bis dreijährigen Projektperiode werden insgesamt zu 12 Themenfeldern (vgl. Anlage 1) wie „Wohnpolitik“, „Integration“ oder „Urbane Armut“ und nicht zuletzt **„Urbane Mobilität“** Vorschläge entwickelt, deren Ergebnisse unmittelbar in die Gesetzgebungsprozesse auf EU-Ebene hineinwirken werden und die Stimme der kommunalen Vertreter bei der Europäischen Kommission hörbar machen sollen. Die Zielgrößen, die mit den strategischen Partnerschaften zu 12 verschiedenen Themen erreicht werden sind:

1. „Better Regulation“/ bessere Rechtssetzung,
2. „Better Funding“/ bessere Nutzung von EU Finanzierungsquellen und
3. „Better Knowledge“/ besserer Wissensaustausch.

## Rolle der Stadt Karlsruhe

Mit Schreiben vom 5. September 2016 (siehe Anlagen 2a und b) hat sich die Stadt Karlsruhe für das Themenfeld **‘Urbane Mobilität’** beworben. Abgehoben wurde im Rahmen der Bewerbung insbesondere auf den Fachaustausch mit den Wissenschafts- und Forschungseinrichtungen, weltweit renommierten Unternehmen aus den Bereichen Verkehr, Mobilität und Logistik sowie internationalen Verkehrsverbänden. Karlsruhe wird zudem seine langjährige Expertise im Be-

reich der Entwicklung innovativer städtischer, regionaler und grenzüberschreitender nachhaltiger Mobilitätskonzepte einbringen. Stichworte sind hier: Karlsruher Modell, Carsharing-Hauptstadt, Fahrradförderung, Verkehrsentwicklungsplan, Profilregion Mobilitätssysteme, Testfeld Autonomes Fahren, Regionale Entwicklungsstrategie Mobilität der TechnologieRegion Karlsruhe „smart movement“, IT-Trans, Magistrale für Europa etc.

Die Stadt Karlsruhe wurde vom Rat der Gemeinden und Regionen Europas (CEMR) als Koordinator vorgeschlagen und in einer gemeinsamen Entscheidung der EU-Kommission, der (vormaligen) niederländischen Ratspräsidentschaft, der aktuellen slowakischen Ratspräsidentschaft und der nationalen Generaldirektoren für Regionalentwicklung als Koordinator bestimmt. Die Stadt Karlsruhe **wird die Koordination gemeinsam mit der Tschechischen Republik**, vertreten durch die Ministerien für Verkehr sowie Regionalentwicklung, wahrnehmen.

Eine Übersicht der **beteiligten Partner** ist den Anlagen 3a und b zu entnehmen. Die externen Projektpartner sind (Stand 21.11.2016):

- Städte: Karlsruhe (Koordinator), Malmö, Torres Vedras, Bari, Gdynia, Burgas, Nijmegen, Skane, CEMR (Council of European Municipalities and Regions/Rat der Gemeinden und Regionen Europas), EUROCITIES (Netzwerk europäischer Städte mit mehr als 250.000 Einwohnerinnen und Einwohnern)
- EU-Mitgliedsstaaten: Tschechische Republik (Koordinator), Zypern, Finnland, Slowenien, Luxemburg, Rumänien, Belgien
- Europäische Kommission
- Weitere Stakeholder: Urban Transport Group (Großbritannien), Europäische Investitionsbank
- Weitere Vorschläge von Seiten der Stadt Karlsruhe: UITP (Union Internationale des Transports Publics/Internationale Vereinigung der öffentlichen Transportunternehmen), POLIS (Netzwerk europäischer Städte und Regionen zur Entwicklung innovativer Technologien und Politiken für den städtischen Verkehr)

Die Projektpartnerschaft wird durch die **Stabsstelle Außenbeziehungen (ABZ)** koordiniert; die fachlichen Aspekte werden von Seiten des **Stadtplanungsamtes** in Abstimmung mit den relevanten städtischen Ämtern übernommen. Eng eingebunden in die derzeit laufenden Vorbereitungen sind der Karlsruher Verkehrsverbund und das KIT (Projektleitung Profilregion Mobilitätssysteme).

Die Bewerbung der Stadt Karlsruhe wurde durch das Bundesministerium für Umwelt, Naturschutz, Bau und Reaktorsicherheit (BMUB) und das Bundesministerium für Verkehr und digitale Infrastruktur (BMVI) unterstützt. In diesem Zusammenhang wird im Hinblick auf die langfristige Perspektive der zunächst auf drei Jahre geplanten Laufzeit der Themenpartnerschaft darauf hingewiesen, dass Deutschland die EU-Ratspräsidentschaft im Jahr 2020 inne hat und damit unter deutscher Ägide über eine mögliche Fortführung der Partnerschaften entschieden wird.

### **Finanzielle Auswirkungen**

Die organisatorische und finanzielle Ausstattung der Themenpartnerschaft steht aktuell noch nicht fest. Insoweit ist eine abschließende Einschätzung der Personal- und Sachkosten für die Stadt Karlsruhe derzeit noch nicht möglich. Ebenso sind die direkten und indirekten Unterstützungsleistungen durch die Europäische Kommission (u.a. Einrichtung eines gemeinsamen Sekretariats ab 01.01.2017) dort noch in der internen Abstimmung.

Für das Stadtplanungsamt ist vor diesem Hintergrund eine 0,25 VZW Projektstelle (E 13) beantragt. Für die ABZ sind die anfallenden Personal- und Sachkosten durch den laufenden Doppelhaushalt gedeckt.

### Ziele und Nutzen für Karlsruhe

Als Lead-Partner wird Karlsruhe seine bestehende langjährige Expertise im Bereich der Entwicklung innovativer städtischer, regionaler und grenzüberschreitender Mobilitätskonzepte in die europäischen Strategien direkt einbringen und unmittelbar gestaltend mitwirken können. Karlsruhe positioniert sich dadurch und über die Koordination des Themenfelds „Urbane Mobilität“ als **„kommunaler Experte Mobilität“ auf europäischer Ebene**. Mittel- bis langfristig wird so die Möglichkeit eröffnet, einen herausgehobenen **Zugang zu den Entscheidungsträgern der europäischen Verkehrspolitik wie auch den Fachebenen auf EU-Kommissions- und –Parlamentsebene zu schaffen**. Nicht zuletzt steht vor diesem Hintergrund die **Haushaltsperiode 2020 – 2027** im Blickfeld und die frühzeitige Mitwirkung an bis dahin festzulegenden **strategischen Weichenstellungen**. Mit der Themenpartnerschaft werden schließlich neue Zugänge zu **Netzwerken** geöffnet bzw. werden diese aufgebaut und etabliert.

Die Zusammenarbeit mit den Projektpartnern in der EU-Themenpartnerschaft wird in fachlicher Sicht Akteure der urbanen nachhaltigen Mobilität zusammen bringen, sie bietet eine herausragende Möglichkeit, Kontakte zu innovativen Fachleuten, Kommunen und Organisationen zu knüpfen. Außerdem werden die Treffen als Austauschplattform für best practice-Beispiele in der Mobilitätsplanung genutzt werden, bei denen die Stadt Karlsruhe sowohl ihre eigenen stadtverträglichen Lösungen präsentieren kann, als auch **von Lösungsansätzen anderer profitiert und frühzeitig Zugang zu Informationen** erhält. Schließlich wird die Zusammenarbeit die städtischen und regionalen Netzwerke weiter stärken und zusammenführen.

Die Herausforderung besteht weiterhin darin, mit einem breiten Maßnahmenrepertoire und verzahnten Strategien ein resilientes, gegen unerwartete Störungen und Entwicklungen stabiles Mobilitätssystem zu entwickeln und in der Praxis zu etablieren. Bei der Umsetzung der auch im Verkehrsentwicklungsplan der Stadt Karlsruhe verabschiedeten Vorhaben und Ziele bedarf es weiterer Nachdrücklichkeit. Gerade hier werden konkrete Lösungsansätze erwartet, Verkehr und Mobilität in einem integrierten Stadtplanungsverständnis bei unterschiedlichen Rahmenbedingungen stadtverträglich umsetzen zu können. **Erst in der Umsetzung kann deutlich gemacht werden, dass nachhaltige Mobilität nicht nur als technische Lösung, sondern als gesamtgesellschaftliche Aufgabe gesehen wird.**

Anlagen:

- Anlage 1: Infografik „Urban Agenda for the EU“ der EU-Kommission
- Anlage 2a: Anschreiben
- Anlage 2b: Kompetenzprofil Bewerbung der Stadt Karlsruhe vom 5. September 2016
- Anlage 3a: Erste Überlegungen zu möglichen Projektpartner extern (Zwischenstand vom 24.10.2016)
- Anlage 3b: Erste Überlegungen zu möglichen Projektpartner intern (Zwischenstand vom 24.10.2016)

**Beschluss:**

Antrag an den Hauptausschuss

Der Hauptausschuss begrüßt die Themenpartnerschaft „Urbane Mobilität“ und nimmt die Vorlage zur Kenntnis.